

Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 16.

Sonntag, den 19. Januar 1919.

17. Jahrgang

Die Wahl zur Nationalversammlung

sieht vor der Tür! Sie bedeutet etwas ganz anderes als eine Reichstagswahl der früheren Zeit; der Reichstag stand nur neben Kaiser und Bundesrat, und diese konnten ihn, wenn er es ablehnte, sich mit ihnen zu einigen, auflösen und nochmals sich an die Wähler wenden. Die Nationalversammlung vereint in sich alle Rechte, die Kaiser, Bundesrat und Reichstag zusammen ausübten, und sie allein entscheidet über die wichtigsten Fragen unseres Staatslebens. Sie entscheidet über das, was unter Religionsfreiheit zu verstehen ist, über Monarchie oder Republik und ob sozialistische oder bürgerliche Republik.

Heute, wo es auf alles ankommt, muß jeder Mann, aber auch jede Frau zur Wahl gehen, und deshalb fordern wir in jeder Stunde nochmal und eindringlich alle Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen auf, bei der am Sonntag, dem 19. Januar, stattfindenden

Wahl zur Deutschen Nationalversammlung

Ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimmen auf die Kandidatenliste der

Deutschnationalen Volkspartei

zu vereinigen. Die Wahl beginnt vormittags um 9 Uhr und dauert ununterbrochen bis abends 8 Uhr, die Stimmzettel, die bei der Wahl abzugeben sind, müssen folgende Namen enthalten:

1. Gustav Malkewitz, Zeitungsverleger, Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Friedrich-Karlstraße 19.
2. Willm Jandrey, Bauernhofbesitzer, Klein-Raddow, Kr. Regenwalde.
3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkschafts der Heimarbeiterrinnen, Rehendorf bei Berlin.
4. Hermann Ginzlas, Postsekretär, Stettin, Gabelbergerstraße 8.
5. Rudolf Klender, Arbeitersekretär, Stolp i. Pom.
6. Hans Schlange, Landwirt, Schöningen, Kr. Raddow.
7. Bruno Drhmann, Lehrer, Stettin, Pefalozstraße 8.
8. Ernst Mensel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12.
9. Elfe Wallis, Gutbesitzerin, Stilmow, Kr. Greifswald.
10. Otto Weglow, Bauernhofbesitzer, Streis, Kr. Köslin.
11. Emil Steltner, Mühlenbesitzer, Jarben, Kr. Greifenberg i. Pom.

Sollten in einzelnen Wahlbezirken Stimmzettel fehlen, so genügt es, nach den gesetzlichen Bestimmungen auch, wenn der Zettel nur den ersten Namen trägt; er gilt auch in diesem Fall als für die ganze Liste abgegeben, weil die Letztere ja als Wahlvorschlagn der Deutschnationalen Volkspartei bei dem Wahlkommissar eingereicht worden ist.

Und nun erfülle jeder seine Pflicht!

Nur mit Hilfe seiner nationalgesinnten Bewohner kann das durch die Revolution niedergebrosene Vaterland wieder aufgerichtet und zu künftiger Blüte gebracht werden. Unser Volk ruft und sehnt sich nach Ruhe und Sicherheit, nach Recht und Ordnung, es verlangt die Beendigung der revolutionären Gewalttätigkeiten und die Rückkehr gesetzmäßiger Zustände. Da gilt es mit dem Stimmzettel zu beweisen, daß dieses Ziel erreicht wird, und daß die Wahl derer, die, wenn alle untreu werden, doch dem alten Deutschland die Treue halten, immer noch recht angesehen geblieben ist.

Der seine Ehrenpflicht nicht genügt, wer der Wahl fernbleibt, trägt vor der Gegenwart und vor der Zukunft die schwere Verantwortung für das maßlose Unheil, das ein Wahlsieg der revolutionären Parteien über unser deutsches Volk heraufbeschwört.

Niemand laze, auf seine Stimme komme es nicht an, es geht um die Zukunft des Vaterlandes, und da darf kein bürgerlicher Wähler, ob Frau oder Mann, an der Wahlurne fehlen. Soll das Deutsche Reich aus den Trümmern zu neuem Ansehen und zu neuer Macht erstehen, dann, Wähler, säumt nicht und gebt alle eure Stimme der Liste der

Deutschnationalen Volkspartei!

Rundschau.

Für Groß-Deutschland.

Die Weltmachstellung des Deutschen Reiches ist vernichtet. An einen Aufbau ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die Revolution hat, nicht weniger als die Feinde, sich bemüht, jeden Gedanken an deutsche Weltgeltung aus den Herzen des Volkes zu reißen. Um so härter ist das Verlangen nach einer Einigung aller Deutschen, die Sehnsucht nach einem Altdeutschland. Die Revolution ist nicht der Träger dieses Gedankens; die Männer des Tages von heute sind nicht die Erben der Großdeutschen des Jahres 1848. Im Gegenteil, die im Geleise der Revolution gekommene Vermischung im Reich hat stark lähmend gewirkt, hat die Begeisterung, die in Deutsch-Oesterreich für einen Zusammenschluß aufgelodert war, gedämpft. Immerhin, das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist bestehen geblieben; der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes auch für die Deutsche; fordert den Zusammenschluß. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die auf der Berliner Pressekonferenz zusammengeschlossenen Zeitungen, ungeachtet der Parteirichtungen, dem Willen auf Vereinigung Ausdruck geben wollen. Auf ihre Veranlassung erfolgt eine Rundschau für Groß-Deutschland, die ausdrücklich betont:

Wir demonstrieren heute mit der gesamten deutschen Presse für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

In Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke fordern wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von der Deutsch-Oesterreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Der Wille der Deutsch-Oesterreicher ist auch der unsere.

Wie grüßen unsere Brüder in Deutsch-Oesterreich, besonders auch die tarferen Verehrten Deutsch-Böhmens, des Sudetenlandes und der deutschen Südalpen als Bürger Groß-Deutschlands.

Der neue Waffenstillstand unterzeichnet.

Berlin, 17. Januar. Die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages ist gestern nachmittag in Trier von Staatssekretär Erberger unterzeichnet worden.

Wie eine weitere Mitteilung besagt, ist die Antwort der deutschen Reichsleitung auf die neuen Bedingungen des Verbandes bereits gestern nachmittag von Berlin nach Trier abgefaßt worden. Was ihren Inhalt betrifft, so wird darüber vorläufig noch jede Auskunft verweigert. Man wird indessen annehmen dürfen, daß unsere Reichsleitung kaum etwas anderes tun wird, als unter Protest die Bedingungen anzunehmen. Mit unseren Einsparungen werden unsere Unterhändler nicht mehr erreichen, als daß Marschall Foch in dem einen oder anderen unwesentlichen Punkte nachgibt. Wir bezweifeln übrigens, daß unsere Industrie trotz allen guten Willens in der Lage ist, bei der herrschenden Knappheit an Rohstoffen die verlangten Mengen der landwirtschaftlichen Maschinen in der geforderten Frist zu liefern. Unsere während des Krieges nach Belgien, Ungarn, Polen, Dänemark, der Ukraine, nach Rumänien, Bulgarien, nach Arabien, Syrien und Mesopotamien in Massen ausgeführten landwirtschaftlichen Hilfsmaschinen sind überdies unwiederbringlich verloren, zum Teil dürften sie, weil ihnen die sachverständliche Bedienung mangelt, auf den Feldern verrotten. Wir warnen unsere Feinde, den Bogen zu überspannen, schon jetzt erwaht so nach und nach das Volk endlich aus seiner Erstarrung und der anfangs von vielen gehegte Glaube an den Kollaps des Gegners einem unbeflegten Volke gegenüber hat einer gewaltigen Ernüchterung Platz gemacht. Auch die größten Reaktionisten sehen die Hoffnung, daß diesem Kriege eine Völkerveröhnung folgen werde, in immer weitere Entfernungen entschwinden.

Die Richtlinien der deutschen Regierung für die Friedenskonferenz.

Berlin, 18. Januar. Die Reichsregierung, die zu Vertretern der deutschen Delegation zur Friedenskonferenz den Staatssekretär Grafen von Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmte, hat in ihren letzten Kabinettsitzungen auch bezüglich der von den deutschen Vertretern einzuschlagenden Richtlinien Uebereinstimmung erzielt.

Die deutsche Abordnung wird Forderungen unserer bisherigen Gegner, die über das Wilsonsche Programm hinausgehen, ablehnen und sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß zu widersetzen haben. Sie wird sich einsetzen für die sofortige Einstellung aller wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, dagegen auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarungen über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln treffen müssen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anstreben. Deutschland wird durch seine Vertreter seine Bereitschaft zu erklären, gemeinsam mit den anderen Staaten zu handeln, die sich zur Wahrung ihrer Interessen durch die Durchführung des Waffenstillstandes hat Deutschland seine Abweisung im wesentlichen schon vollzogen, weshalb es um so ungerechtfertigter ist, daß unsere Gegner die deutschen Kriegsgefangenen immer noch zurückhalten. Auf der Heimführung aller gefangenen Deutschen haben unsere Delegierten schon bei Verhandlungsbeginn nachdrücklich zu bestehen. Sie werden für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms eintreten und bei Behandlung der Territorialfragen in Europa und Vorderasien das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zugunsten anderer anerkennen, wie wir es auch zugunsten des deutschen Volkes beanspruchen müssen. Das gilt insbesondere für die polnische und elsaß-lothringische Frage. Endlich haben unsere Vertreter die Errichtung des Völkerbundes nach den Wilsonschen Grundgedanken nach Kräften zu fordern, weil hierdurch allein ein dauernder Frieden verbürgt wird.

Wählt die Liste Malkewitz-Jandrey!

Regierungsvorgänge.

a. Berlin, 18. Januar. Die Unterzeichnung der neuen Waffenstillstandsbedingungen hat die meisten Glieder der Reichsregierung überrascht. Allerdings hat Staatssekretär Erberger einige Milderungen durchzusetzen vermocht, aber die eingegangene Verpflichtung zur Erfüllung der übrigen Forderungen, besonders auf Auslieferung der Ackerbaugeräte, hat die größte Beforgnis des Reichs-Ernährungs- und des Reichswirtschaftsamtes erweckt. Beide Ämter vertreten den Standpunkt, daß nunmehr der völlige Ruin der deutschen Landwirtschaft besiegelt ist und infolgedessen eine allgemeine Hungersnot unvermeidlich sei. Die Kürze der Zeit, innerhalb der die Bedingungen angenommen werden mußten, erlaube es den Ministern wie auch verschiedenen Regierungsstellen nicht, ihre Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Innerhalb der Regierung ist es deshalb zu ernststen Meinungsverschiedenheiten gekommen, wobei die Ansicht, es würde besser gewesen sein, die feindlichen Forderungen abzulehnen und den Gegnern die Verantwortung für die Folgen zuzuschreiben, immer breiteren Boden gewinnt. Ebenso hat das an sich schon sehr gespannte Verhältnis zwischen dem Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau und Erberger wegen des letzteren sehr selbstbewußten Verhaltens eine weitere Verschärfung erfahren. Dazu kommt die polnische und spartakistische Frage, bei denen ein Kompetenzkonflikt zwischen Regierung und Militär nicht ausgeschlossen ist. Die Regierung will die zur Säuberung Berlins von den Spartakus-Banden verwendeten Truppen sobald als möglich nach dem Osten zum Grenzschutz abschicken, während die Militärbehörde darauf dringt, daß Berlin als im Rücken der polnischen Front gelegen, durchaus gesichert und unverläßlich bleiben muß. Beide Dinge lassen sich aber nach militärischer Ansicht nicht miteinander vereinigen, sondern es muß für die Bestellung weiterer Truppeneinheiten gesorgt werden, wofür jedoch der Regierung zurzeit noch jede Möglichkeit fehlt. Der Fall Liebknecht-Luxemburg ist gerade als ein sehr ernstes Kapitel natürlich mitzuerwähnen. Die Stimmung der an ihm beteiligten Truppenteile macht sich bereits in scharfen Auslassungen in der Presse gegen die Regierung bemerkbar.

Ein brandenburgisch-pommernisch-mecklenburgischer Freistaat.

Berlin, 17. Januar. Das künftige Deutsche Reich soll nach der Verfassung, die gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist und der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, aus einer Anzahl von Freistaaten bestehen. Die Zahl dieser Freistaaten soll 16 bis 18 betragen. Preußen soll, wie schon bekannt, zu diesem Zweck in eine Anzahl von Freistaaten, vielleicht acht, zerlegt werden. In der Verfassung werden auch die Gebiete angegeben sein, die sich zu Freistaaten vereinigen können oder sollen. In dieser Beziehung nimmt die Verfassung, wie wir hören, eine Vereinigung Pommerns, der beiden Mecklenburg und Brandenburgs zu einem brandenburgisch-pommernisch-mecklenburgischen Freistaate in Aussicht.

Heer und Regierung.

Berlin, 18. Januar. Durch den Tod der beiden Volksverhetzer Liebknecht und der Rosa Luxemburg haben sich die Verhältnisse in Berlin weiter verschärft. Die Beziehung zwischen dem Heere und der Regierung beginnen sich zuzuspitzen und das kann allerbald Folgen haben. Die Truppen beginnen sich endlich wieder zu fühlen. Sie sind es müde, sich beschimpfen zu lassen, und die Regierung in ihrer schwächlichen Rücksicht auf die unabhängigen Sozialdemokraten ist allem Anscheine nach außerstande, den Truppen diesen Schutz zu verleihen. Die Unabhängigen haben in einem Aufrufe die Tötung Liebknechts als Mordmord bezeichnet und haben deshalb mit einem Proteststreik gedroht.

Dagegen wendet sich mit wohlthuender Entschiedenheit eine Erklärung des Befehlshabers der Gardebrigade Kavalleriebrigade. In der Erklärung wird betont, es sei festgestellt, daß Liebknecht, als er flüchtete, erschossen worden sei. Die Behauptung, daß ein Mordmord vorliege, sei also unwahr. Ferner wird das Auftreten der unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin als ein unerhörtes Eingreifen

in ein schwebendes Verfahren bezeichnet. Und dann kommt die Erklärung zu dem Entschluß an die Regierung um Schutz, indem sie betont, die Gardebrigade-Kavalleriebrigade habe bewiesen, daß sie die Regierung zu schützen vermag, nun aber solle die Regierung auch für den nötigen Schutz angehalten werden.

Es wird nunmehr darauf ankommen, ob die Regierung dies tun will und ob sie dazu imstande ist.

Die Umtriebe im Reich.

Hamburg, 17. Januar. Wie die Hamburger Nachrichten aus Rughaven melden, stand gestern morgen 8 Uhr, nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat auf die gestellten Forderungen der Beamten nicht geantwortet hatte, plötzlich der Verlethe des staatlichen Betriebes still. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist heute abend bekannt, daß sein Beschluß vom 11., der zur Erklärung der Republik geführt hat, rückgängig gemacht wird. Der Hamburger Senat habe sich bereit erklärt, künftighin mit dem Arbeiter- u. Soldatenrat zusammenzuarbeiten.

Verlegung des Hauptquartiers nach dem Osten?

Der Sitz der Obersten Heeresleitung dürfte, wie verlautet, gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teil Deutschlands verlegt werden.

Der Kampf um die Ostmark.

Bromberg, 17. Januar. (Antilly.) Eigene Artillerie beschoß das Forsthaus südlich Schleiß 6; südlich Hieron Patrouillenkämpfe. Ein Erlundungsorloß der Bromberger Matrosen-Abteilung fand Tannenloß und Antonshof vom Gegner frei, ein Panzerzug betämpfte ein polnisches Maschinengewehrnest bei Regwalde.

Die Gefährdung Schlesiens.

Breslau, 16. Januar. Im Breslauer Rathaus fand heute eine Konferenz der Behörden, der Presse, der Arbeitgeber und der Arbeiterführer statt, in der der Chef des Stabes des 8. aktiven Armeekorps nachdrücklich auf die schwere Gefährdung Schlesiens hinwies. Die Tschechen haben eine tieferprobte schlagfertige Armee von 500 000 Mann mit sicheren Geschützen und bedrohen von Braunau aus die Grafschaft Glatz. Die Polen besitzen 18 Divisionen, welche von Lemberg in Oberschlesien jeden Augenblick eintreffen können. Dringendste Forderung sei die Bildung eines schlesischen Freiwilligen Korps zum Heimatschutz, dem aus Heimatliebe alle Waffenfähigen beitreten sollten.

Protest gegen die Sozialisierung im Bergbau.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Essen hatte dieser Tage beschlossen, zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues das Kohlenfundat den Verein für die bergbauischen Interessen und den Bergbauverband mit Kontrollkommissionen zu beauftragen. Da gegen hat der Bergbauverein am 12. Januar durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert Einspruch erhoben, in dem es heißt:

Zur Sozialisierung der Steinkohlenbergwerke im Stadt- und Landkreis Essen beauftragte der Essener Arbeiter- und Soldatenrat und seine Mitglieder Landrichter und Gruben und je einen Vertreter der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokraten mit der Kontrolle der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Bergbauverbandes. Es wird verlangt, daß jede gewinnliche Einsicht in die Bücher gewährt und allen Anordnungen unbedingt Folge geleistet wird. Wir erheben gegen diesen einseitigen Einriff in unseren Wirkungskreis und unser Eigentum mit aller Entschiedenheit Einspruch und bitten nachdrücklich daraufhin zu wirken, daß dieser rechtswidrige Zustand sofort wieder beendet wird. Bergbauverein und Bergbauverband sind rein private Vereinigungen von Arbeitgebern. Ein Einriff in ihre Verhältnisse stellt einen Bruch des Privatrechtes und der privaten Freiheit dar und steht im Widerspruch zu den wiederholten feierlichen Versicherungen der gegenwärtigen Regierung. Der Bergbauverband ist als Arbeitgeber daselbst, was für Arbeitnehmer die Gewerkschaften sind. Nichtgewährung gleicher Rechte und Bewegungsfreiheit an beide widerspricht einer Grundforderung, welche bisher von der Arbeiterbewegung stets erhoben wurde. Sie rückt einen Verfall der Arbeitgemeinschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in drohende Nähe, an der mitzuwirken wir ungern bereit gefunden haben, und deren Errichtung mit Zustimmung

der gegenwärtigen Regierung erfolgte. Nebenbei bemerkt, könnte es mit dem gleichen Recht, das der Arbeiter- und Soldatenrat Essen für sich in Anspruch nimmt, auch den Arbeiter- und Soldatenräten von Oberhausen, Mülheim, Bochum, Gelsenkirchen, Steele und so weiter beifallen, auf unsere Geschäftsführung Einfluss auszuüben oder sie zu überwandeln.

Freiheitsberaubung der Direktoren. — Störung der Kohlenversorgung.

Essen, 17. Januar. Wegen der vom Essener Arbeiter- und Soldatenrat zum Zwecke der Sozialisierung des Bergbaues eingeleiteten Maßnahmen hat der Bergbauverein in Essen folgendes Telegramm an den Volksbeauftragten Ebber in Berlin gerichtet:

Die gegen den Bechterverband und den Bergbauverein durch den hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat ergriffenen rechtswidrigen Maßnahmen und Eingriffe dauern fort. Die Unordnung im Revier hält an. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung der Großstädte ist dauernd in Frage gestellt.

Gestern wurde uns der Streik des Wasserwerks Mülheim gemeldet, von dem der Betrieb zahlreicher Zechen, industrieller Werke und die Versorgung großer Städte und Gemeindebezirke abhängt. Um die Vermittlung vollständig zu machen, haben am 13. Januar die in Essen versammelten Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirkes die Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues aus eigener Machtvollkommenheit beschlossen und zu dem Zwecke die Bildung von über zweihundert neuen „Räten“ (Belehrte, Bergrevierräte, Zentralschlichter) eingeleitet. Auf verschiedenen Zechen haben Teile der Belegschaft die Direktoren und eine Anzahl oberer Beamten abgebetet und die Unterstellung der Zechen unter einen Betriebsrat verkündet. Wir befinden uns auf dem Wege zur völligen Auflösung aller Ordnung. Unsererseits muß jede Mitverantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Zustände und die Unterdrückung der Unternehmertätigkeit abgelehnt werden, insbesondere für die Störung in der Kohlenversorgung Deutschlands, die dadurch weiter verschärft wird. Wir bitten insbesondere auch das Reich zu tragen, daß den von den Betroffenen wegen Freiheitsberaubung, Haus- und Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Abtötung usw. zu stellenden Strafanträgen ordnungsmäßig Folge gegeben wird.

Deutsche Gefangene als Arbeitsklaven.

Genf, 17. Januar. Der französische Ministerrat versammelte sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré, um Beschluß der Kammer zu verlangen. An der Spitze der Tagesordnung stand die Beratung des Gesetzes für die Kriegsgefangenen. Ferner beschloß der Ministerrat, Kriegsgefangene zum Wiederaufbau der befreiten Gebiete zu verwenden. Bereits gestern wurde über ein Abkommen zu diesem Zwecke verhandelt. Ende März sollen mindestens 200 000 Kriegsgefangene im verwüsteten Gebiete arbeiten.

Rücktritt der unabhängigen Minister in Sachsen.

Dresden, 17. Januar. Die drei Volksbeauftragten, Minister Meißner, Geier, Bruns haben unter „energischer Protest“ gegen die Willkür und Gewalttätigkeit der Leiter des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates, die von den anderen drei Ministern nicht mißbilligt, sondern gefehlt werden, am Donnerstag ihre Ämter niedergelegt. Die Zurückgetretenen erklärten sich jedoch bereit, ihre Ämter bis zur Bestimmung von Nachfolgern weiter zu führen.

Rückkehr deutscher Zivilgefangener aus England.

Der Vertreter der englischen Regierung im Haag hat dem dortigen Vertreter der deutschen Regierung mitgeteilt, daß am 10. Januar und am 11. Januar 5 bis 600 deutsche Zivilinternierte England verlassen haben. Am 10. Januar sind auch bereits 350 deutsche Zivilinternierte in Rotterdam eingetroffen.

Erste Differenzen innerhalb der Entente?

Genf, 17. Januar. Das Pariser „Journal“ stellt fest, daß innerhalb der leitenden Ententeerlei erste Differenzen bestehen. Es sind Meinungsverschiedenheiten entstanden anlässlich der prozentualen Vertretung der kleinen Staaten auf der Friedenskonferenz.

Oberst Houze gestorben?

Genf, 17. Januar. In diplomatischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, daß Oberst Houze, der Freund und Vertrauensmann des Präsidenten Wilson, in Paris plötzlich gestorben sei. Eine offizielle Bekätigung liegt noch nicht vor.

Italiens Kriegsverluste.

Nach einer Meldung des „Afficio Stampa“ teilt das Oberkommando mit, daß die Verluste der italienischen See auf allen Fronten im Kriege im ganzen 400 000 Tote, davon 16 262 Offiziere und 947 000 Vermundete, darunter 33 557 Offiziere betragen.

Bolschewismus auch in Spanien.

Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Madrid ist die Regierung wegen der unruhigen Stimmung der Arbeiter in Spanien, vor allem in Katalonien und Andalusien, sehr besorgt. In Katalonien wurden mehrere Arbeitgeber ermordet. Die Täter sind in den meisten Fällen unbekannt geblieben. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Bewegung und hält die Russen in Spanien unter strenger Aufsicht. Die konservative Presse verlangt Unterdrückungsmaßnahmen, während die linken Blätter politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Die Konservativen unter Dato bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Sturz in den ersten Tagen der neuen Cortes erwartet wird. Romanones hat erklärt, er sei bereit, seine Entlassung zu geben, wenn eine starke monarchistische Kombination die Fäden der Regierung in die Hand nehmen würde.

Revolutionäre Bewegung in Portugal.

Aus Madrid wird der „Agence Havas“ gemeldet, daß die revolutionäre Bewegung in Portugal am 2. Januar ausgebrochen ist. Ihr Ziel sei, die Mitglieder der Regierung durch Anhänger der Partei Machados zu ersetzen. Es soll zu Kämpfen gekommen sein, bei denen auch mit Geschützen geschossen wurde. Seit vier Tagen sind keine portugiesischen Zeitungen in Madrid eingetroffen. Nach Erzählungen von Reisenden ist am Freitag in Porto eine Truppenabteilung unter dem Befehl des Majors Margaride gegen die Streitkräfte aufständischer Demokraten vorgegangen, wobei zahlreiche Personen getötet oder verletzt wurden. Auf Ersuchen Margarides seien ihm hundert Mann Verstärkungen geschickt worden. Weitere Truppen seien in Braga und Villa Real zusammengezogen.

Forderungen der englischen Bergarbeiter.

Der Bergarbeiterverband in Southport hat einstimmig die Demobilisierung aller in der Flotte und der Armee dienenden Bergarbeiter, den sechsstündigen Tag und die Nationalisierung der Bergwerke und Minenschäften verlangt.

Dorpat besetzt.

Seltingfors, 17. Januar. Dienstag nachmittag 2 Uhr wurde Dorpat nach heftigem eintägigem Kampf von einem Panzerzug estnischer Infanterie genommen. Um 5 Uhr zog der Feind in Unordnung und unter Hinterlassung von Kriegsbeute zurück.

Seltingfors, 17. Januar. Nach Meldungen aus Neval haben die Bolschewiki dort einen eifrigen Märdung angetreten. Als Grund wird eine in Petersburg ausgebrochene Gegenrevolution bezeichnet.

Politische Tageschau.

— Ein Kaufmann im Auswärtigen Amt. Wie die „Pol. Parl. Nachr.“ melden, hat der neue Staatssekretär des Auswärtigen für die Durchführung der Reform unseres Auslandsdienstes einen Helfer aus dem Wirtschaftsleben, den Kaufmann Dr. Köpfer aus Stettin gewählt, der zum Untersekretär ernannt worden ist. Der neue

Untersekretär war während des Krieges der Gesandtschaft in Kopenhagen zugeteilt und hat dort unter dem Grafen Rankau wirtschaftliche und politische Fragen mit Erfolg bearbeitet. Das für die Durchführung der Aufgabe nötige vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen den beiden Männern ist daher gesichert. (Dr. Köpfer ist Besitzer der Zementfabrik „Stern“ in Stettin-Neumarkt).

Aus den politischen Parteien.

Öffentliche Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins Kösln.

Die gestrige Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins in Kösln hat während eines außerordentlich starken Zutriffs aufzuweisen und den großen Raum bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Redner des Abends sprachen Pastor Egelt, Anton und Generalsekretär Thomas-Stettin, die durch ihre vorzüglichen und klaren Ausführungen die Zuhörer fesselten und für die Deutschnationale Volkspartei einen entscheidenden Erfolg errangen. Die Rede des Pastors Egelt war ein offenes Bekenntnis von ihm, in dem er darlegte, welche Beweggründe ihn zur Deutschnationalen Volkspartei geführt haben. Der Redner betonte, daß er nie konservativ gewesen sei, es auch nie werden würde. Er habe der ehemaligen fortschrittlichen Partei angehört, in die er durch Pfarrer Naumann eingeführt wurde. Was ihn bewogen habe, sich der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen, könne er in drei Punkten zusammenfassen. Zunächst sei es die Gerechtigkeit der deutschen Sache, von der 1914 das ganze deutsche Volk durchdrungen war und zu dem auch er sich bekennen müßte. Dann sei es der deutsche Staatsgedanke, der ihn voll und ganz erfülle, ferner sei es der monarchische Gedanke, dem er persönlich treu bleibt und der in keiner anderen Partei auf ähnlich günstigen Boden falle wie in der Deutschnationalen Volkspartei. Schließlich sei es die kirchliche Frage gewesen, die für ihn bestimmend gewesen wäre. Gerade diese Frage sei aber zuerst von der Deutschnationalen Volkspartei angeschnitten und in ihr Programm aufgenommen worden. Sie ist die erste gewesen, die die Gottesfrage hochgehalten habe. Der Redner betonte in seinem Schlusswort, daß das Staatsgeschäft Überlast nach links erhalten habe und umzutippen drohe, deshalb müsse eine Anzahl seiner Anwesenden auf die rechte Seite treten, damit das Staatsgeschäft weiter laufen könne, und er möchte allen zurufen: „Treten Sie auf die rechte Seite“.

Deutsche Frauen und Mädchen!

Heute ist der entscheidende Tag! Heute müßt Ihr auch alle Eure weiblichen Hausgenossen frei machen, daß auch sie ihrer Wahlpflicht nachkommen können, besonders Ihr, deutschen Landfrauen! Mit Euren zahlreichen Familiengliedern, mit Euren vielen Hausleuten seid Ihr im Stande, über die Massen zu siegen, wenn Ihr alle die „Deutschnationale Volkspartei“ wählt. Ihr siegt über die Massen, die nicht, wie Ihr, etwas zu verlieren haben. Heute müßt Ihr alle, wie zu einem Gottesdienste, den Weg zur Wahlurne gehen, denn es gilt auch den Kampf um deutschen Glauben, um Kirche und Schule, um Frieden und Ordnung, um das Wiedererstehen aller guten Mächte in unserem deutschen Volk! Darum deutschen Landfrauen, die Wagen angespannt und alles, was wählen kann, aufgeladen und zur Wahlstätte gefahren. Denken wir alle an Bismarcks Vermächtnis an die deutschen Frauen, das er uns hinterließ: „Ich sehe mein ganzes Vertrauen auf meine deutsche Zukunft, auf das, was Goethe das ewig Weibliche nannte!“ Treuen wir uns dieses großen Vertrauens würdig, wählen wir mit unserem ganzen Glauben die Partei, wo Bismarcks Erbe lebendig ist!

Die Deutschnationale Volkspartei!

Sodann sprach Generalsekretär Thomas-Stettin über das Thema: „Der Aufmarsch der Parteien zu den Wahlen“. Generalsekretär Thomas ist einer der wenigen Redner, die die seltene Gabe besitzen, nicht allein durch einen vorzüglichen oratorischen Vortrag, sondern durch ihre aus innerer Überzeugung vorgetragene Ausführungen die Zuhörer zu empfangen und für die Deutschnationale Sache zu gewinnen. So war es auch gestern: Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Darlegungen des Redners, der, wenn von gegnerischer Seite ein Widerspruch ertönte, diesen sofort mit der ihm eigenen Treffsicherheit zu betämpfen wußte.

Der gestrige Abend war für jeden national denkenden Deutschen nicht nur ein Genuß, sondern eine Gräuung, und es kann nicht bestritten werden, daß die Deutschnationale Volkspartei am gestrigen Abend außer einem vollen Erfolg die Gewissheit erlangt haben dürfte, daß viele Wähler, die bisher noch abseits der Partei gestanden haben, sich ihr unbedingt anschließen werden. In der Diskussion versuchten zwar mehrere Vertreter verschiedener Parteien die Ausführungen der Redner in einigen Punkten zu widerlegen. Sie wurden aber durch die treffenden Erwiderungen der Hauptredner völlig lahmgelagt. Generalsekretär Thomas verglicherte in seinem Schlusswort die Ausführungen der einzelnen Diskussionredner und wußte durch seine schlagenden und treffenden Erwiderungen ihnen die richtige Antwort zu geben.

Er widerlegte insbesondere dem Führer der demokratischen Partei, Lehrer Katen, in scharfer, aber durchweg sachlicher Weise. Gegenüber dem nationalen Standpunkt, den Lehrer Katen eingenommen hatte, wies Thomas darauf hin, daß die Demokratische Partei ganz anders denke. Gerade das „Reichblatt“ des ersten pommerischen Kandidaten der Demokratischen Partei, des Bergrats Gotthelb, habe von der „schweren Besorgnis“ gesprochen, die es bei dem geplanten Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gehabt habe.

Der Redner richtete noch einmal einen Appell an das ganze Bürgerum, geschlossen gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen und forderte die Mitarbeit aller deutschen Männer und Frauen, die deutsch und national sind und denken. Denn wir alle wollen doch, daß der Deutsche wieder Achtung in der Welt gewinnt. Deshalb muß die Parole gelten: „Hinein in die Partei“, damit das Staatsgeschäft geradewegs auf einer lichtvollen Zukunft entsagen. —

Aus Stadt und Land.

Kösln, den 18. Januar 1919.

Zum 19. Januar: Sonnenaufgang 8.03, Sonnenuntergang 4.10, Mondaufgang 8.55, Monduntergang 8.51.

— Denksland in Not. Keiner unter uns in Stadt und Land hat Tage erlebt wie die der letzten Monate. Nach höchstem Aufstieg ein jäher Fall. Und von allem Besitze blieb nur der eiserne Wille: Was auch immer geschah, wir müssen wieder hoch! Nicht aus leerer Eitelkeit nach dem alten Glanz in Macht und Reichtum, sondern in der sehrenden Stut der Schmach, die über uns kam und weil wir trotz allem zu gut sind zum Untergang. Zu gut sind in unserer Arbeitsfreude, und zu gut sind auch in unserer vaterländischen Gefinnung, wie schwach wir darin auch werden erdienen. Am 18. Januar 1871 gründeten unsere Väter das Reich. Am 19. Januar 1919 muß nun ein neues deutsches Reich festigen. Es festigen im einstmaligen Sinne, dem einer deutschen, nationalen und völkervernünftigen Politik. Oder soll verbrennen, was wir angebetet haben, soll in unsern Händen zerrinnen, was unsern Herzen so heilig war? Das deutsche Volk geht nicht unter, es sei denn, es tötet sich selbst. Schon sind Mörder am Werke! Sorgen Alle, daß ihr Wirken zu Schanden wird.

Wählet nur die Deutschnationale Volkspartei.

— Wahlzettel nicht kniffen! Es dürfte noch nicht allgemein bekannt sein, daß die Wahlzettel am Wahltag ungenügend abgegeben

werden müssen. Gekniffene Wahlzettel sind ungültig. Sie müssen glatt, also nicht gefaltet, in den Umschlag gesteckt werden.

— In die Wahlzettel. Zur Vermeidung von Zweifeln sei richtiggestellt, daß nach der amtlichen Wahlauweisung der Wahlvorsteher nach der Wahl die abgegebenen Stimmen zu zählen hat, um festzustellen, ob etwa in einem Umschlag zwei Zettel enthalten sind und zerlegen.

— Die Post an den Wahltag. Wie das Amtsblatt des Reichspostamts bekanntgibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst wie am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten so lange im Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die am Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, so lange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

— Aushbung der evangelischen Frauenhilfe. Das Provinzialverende Frauen der Pommerischen Provinzialvereine in Pommern, des Bundes Evangelischer Jungfrauenvereine in Pommern, des Deutschen-Evangelischen Frauenbundes, sowie der Diakonischen Mutterhäuser und des Evangelischen Diakonievereins in Pommern, denen sich der Pommerische Provinzialverein für Innere Mission angeschlossen hat, haben eine Kundgebung erlassen, in der unter anderem es heißt: „In voller Übereinstimmung mit der Rechtsprechung unserer evangelischen Landeskirche vom 30. November 1918, hinter die wir einstimmig, willfährige und verfassungswidrige Besprechung gegen jede einseitige, willfährige und verfassungswidrige Verdrängung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Wir fordern für die Kirche, welche die religiösen und sittlichen Güter des Volkes zu pflegen hat, auch ferner die schulische Rückstärkung des öffentlichen Lebens. Sonn- und Feiertagsruhe und Gottesdienst sollen geschützt sein. Entschieden die Verwahrung aber legen wir ein gegen eine Entschärfung der Schule. Evangelische Frauen und Jungfrauen Pommerns, stellt das Recht, das auch zureichend worden ist, in den Dienst des Evangeliums! Lebt eure Stimme da in die Wagschale, wo man auf das bestimmte Eintreten will für das christliche Haus, die christliche Schule, die christliche Sittlichkeit!“

— Konzert Arnold Böcklin. Nach vielem Hin und Her kam dem auch endlich Arnold Böcklin mit seinem teuren Cello bei uns an. Es gab da am Donnerstag nachmittag viel Virtuosität, aber auch manches Beachtenswerte. Beethovens Sonate Nr. 27 op. 69 hörte ich erst vor einigen Wochen von Koenig, mit dessen großer Auffassung sich die heutige Wiedergabe freilich kaum messen konnte. Es muß aber anerkannt werden, daß Arnold Böcklin ein sehr Begleiter. Prof. Ernst Gross, den stammergeiterten hier ebenfalls gut traf, wie später im zweiten Teil im Haupt-Adagio. Die beste Gebe des Abends war das Cello-Konzert C-dur von d'Albert. In diesem ist d'Albert ebenso programmatischer Musiker, wie in seinen Klavierwerken, wenn er auch der Form nach gern für absolut gelten möchte. Arnold Böcklin aber liegt das Programmatische der Moderne entschieden besser, als das Abstrakte Absolute der Klassiker. Er hob die leitenden Gedanken des epischen Wertes der Klavier hervor und bot, unterstützt von gutem technischem Können, eine nach innen und außen vollendete Leistung. Die sonstigen zum Teil recht klügelreichen Erfolge waren vor allem in Böcklins großer Technik begründet. Böcklin verfährt über einen guten Strich und einen sicheren, auch in den Doppelgriffen laubaren Fingerstab. Gekunst und Hand sind virtuos ausgebildet, und die klavierische Technik zeigt den Meister des Instruments. Schwere, tiefsten technischer Art gibt es für den Künstler kaum, der bei weiterer Vertiefung seiner musikalischen Auffassung die Hoffnungen nicht erfüllen wird, die einige Kritiker in ihr sehen wollen. Dazu gehört allerdings auch, daß er sich zu den Forderungen der modernen Programmatik bekennt. Die heutige Programmatik war eine hohe Zusammenstellung ganz ohne leitende Gesichtspunkte, was auch durch die nachträglichen Veränderungen durchaus nicht gebessert wurde. — Professor Gross als Begleiter wurde seinem guten Huse vollkommen gerecht. Auch er gab in d'Alberts Konzert sein Bestes.

— Die neuen Kriegsgewinnsteuer. Die Gesetzesentwürfe über die Kriegsgewinnsteuer, die eine Kriegsalgabe für 1919 und eine Kriegsalgabe vom Dezember 1918 vorsehen, werden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Abgabe soll so gestaltet werden, daß niemand vom Kriegsgewinn mehr als höchstens 100 000 Mark behält. Drei-tausend Mark vom Vermögenszuwachs bleiben steuerfrei. Bei einem Vermögenszuwachs während des Krieges von 100 000 Mark fallen 80 500 Mark, bei fünfhunderttausend Mark 300 500 Mark, bei sechshunderttausend Mark 400 500 Mark. Schenkungen, die während der Kriegszeit erfolgt sind, machen nicht steuerfrei, auch Erwerbungen von Juwelen, Gütern und so weiter fallen unter die Steuer. Der wirkliche Erlassung der Kriegsgewinnsteuer dient eine verschärfte Auskunftspflicht.

— Reiseerlaubnischeine. Vom 16. d. Mts. ab dürfen Reiseerlaubnischeine nur noch gegen eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde (städtische Polizeiverwaltung oder Amtsvorsteher) über die unbedingte Notwendigkeit und Unauflösbarkeit der Reise ausgestellt werden. Für Reisen von Danzig, Elbing und Graudenz verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

— Reiseerlaubnischeine sind vom gleichen Tage ab erforderlich für alle Reisen der Zivilpersonen von und nach allen Stationen des Direktionsbezirks Danzig und nach allen Stationen anderer Bezirke. Ausgenommen bleiben nur der Danziger Vorortverkehr, der Arbeiterverkehr auf Rückfahr- und Wochenarten und die Dienstreisen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten.

— Die Fischerei in der Ostsee teilweise freigegeben. Die Fischerei in der westlichen Ostsee nach der dänischen Grenze bis Danzerort bis 5 Seemeilen an das baltische Hoheitsgebiet und in der östlichen Ostsee von Meen-Darjerort bis zum Breitengrad 55 Grad 50 Minuten innerhalb eines Streifens von 10 Seemeilen von der deutschen Ostseeküste ist freigegeben worden. Diese Freigabe bleibt abhängig von der Einhaltung der angegebenen Grenzen und der Aufrechterhaltung der Blockadebedingungen.

— Volkswort. Getreidebesteuerung. Durch den hiesigen Arbeiter- und Bauernrat wurde auf der Salzstelle Gubin ein Wägelwagen mit Weichlag belegt, in dem 42 Zentner Gerste und 16 Zentner Hafer nach Damburg verschoben werden sollten. Das Getreide wurde nach hier überführt und bis zur weiteren Entscheidung gelagert.

— Vubly. Zu großen Ausschreitungen kam es am Dienstagabend in unserer Stadt. Im Gastlokal des Kaufmanns Meyer befanden sich ein Adrbürger, zwei Händler und ein Bauer, die mit den Geschäftsgeheften in Tätlichkeiten gerieten, wobei letztere und der 18 Jahre alte Junger mißhandelt wurden. Danach wurde der Laden gekündigt und die Scheiben eingeschlagen. Nach diesen Taten begaben sich die Aufwähler zum Kaufmann Bendich, rissen das Telefon ab und stahlen Wein, Konak, Nahrung und Zigaretten. In der Gaststube mißhandelten sie den Apstelberger, und warfen ihn auf die Straße, rissen ihm die Haare aus, und brachten ihm zwei Kopfwunden bei. Man rief den Arbeiter- und Soldatenrat zu Hilfe, und diesem ist es zu danken, daß der Aufwand nicht weiter um sich griff. Die Sicherheitsmannschaften gaben erst zwei Schreckschüsse ab, und als diese nichts fruchteter, schossen sie schließlich; einer der Aufwähler erhielt einen Oberarmbruch. Ein weiterer namens Nagmann einen Daumenbruch, dem er erlegen ist. Die anderen beiden Aufwähler sind festgenommen und in das Kreisgefängnis eingeliefert. Auch die Reutlinger Gasthofsbesitzer wurden zur Hilfe angerufen, die fünf Mann im Auto nach Vubly entfaltete.

Vermishtes.

— Explosion eines Munitionsdepots. In Ostende ist ein deutsches Munitionsdepot explodiert. Vier Personen wurden getötet, 23 verwundet, 2 werden vermisst.

— Einstellung des Paket- und Verkehrsverkehrs nach Polen. Infolge der Unterbrechung des Betriebes auf den wichtigsten Eisenbahnstrecken hat der gesamte Paket- und Verkehrsverkehr nach dem Bezirk Polen bis auf weiteres eingestellt werden müssen.

— Straßenbahnverkehr in Frankfurt am Main. Die Straßenbahn-Anschleffen in Frankfurt am Main traten gestern in den Verkehr. Der gesamte Betrieb ruht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Bippel, für den Anzeigenteil: Max Spano. Druck und Verlag der Frankfurter Zeitung, A. G. Sämtlich in Kösln.

Bekanntmachung.

Zur Leberverteilung an Schuhmacher ist ein Sperrlager in Köslin bei der Firma Ernst Simon eingerichtet. (Unter Verteilungsstelle A. J. Senger, Köslin). Für Sattler bestehen folgende Sperrläger:

- J. Neppen, Kolberg.
- Audolf Daniel, Stargard.
- Kunke und Ritter, Stettin.
- J. Sabotzky und Co.
- Alfred Grau, Stolz in Pommern.
- Gebr. Blass, Stralsund.
- Carl Joh. Voepfle, Wolgast.

Sattler können bei der erstmaligen Verteilung 13 Kilogramm, Schuhmacher eine erstmalige Zuweisung von 6 Kilogramm bekommen.

Die Bestimmung über die Verteilung ist Rathaus, Zimmer 16, einzusehen. Dasselbe liegen auch die Darlehensbedingungen fest aus.

Bezüglich Nähgarne für das Schneidergewerbe bemerken wir, daß seitens der Zentralfirma Deutscher Schneider-Rohstoffgenossenschaften in Berlin die Verteilung vorgenommen wird. Kleinere Quantitäten von Garn, grau und schwarz (1-2 Rollen pro Schneider) wird, solange der nur noch geringe Vorrat reicht, von der Handwerkersammer Stettin aus gegeben. Dagegen ist Nähseide, Knopflochseide und Maschinenseide (schwarz und farblos) bereits freigegeben und zu beziehen bei der Firma Mez, Vater und Söhne, Freiburg i. Br., Seidenzwirnerei und Häberei.

Für Kupfer, Polzun, Blei, Zink und Wachs bekommt die wirtschaftliche Zentrale der Handwerkerlieferungs-gesellschaft m. b. H. Stettin, demnächst aus dem Sperrlager größere Zuweisungen. Dagegen ist bereits jetzt in ausreichender Menge

- Jinblech Nr. 8, 9, 11, 12, 13,
- Zinnerlack mit Vulkan und ohne Vulkan,
- Drabtnägeln, Nohrnägeln,
- verzähnte Nadeln

bei der Firma J. F. Deaner, Stettin, erhältlich.

Petroleum auf Freigabezeiten bei der Zentralfirma für Petroleumverteilung, Berlin NW. 6, Schiffsbauerdamm 15.

Soda auf Freigabezeiten bei der Zentralfirma für Sodaverteilung, Berlin W. 9, Eichhornstraße 4 oder Berlin W. 10, Regententstraße 23, Kristallierter Soda ist vorläufig freigegeben.

Benzin und Benzol auf Freigabezeiten bei der Inspektion für Kraftfahrzeuggruppen Berlin W. 85, Potsdamerstraße 111.

Spiritus für Kölsche: Stettiner Spritwerke, Stettin, Breslawerstraße 9. Für Kochweide: Reichsbrauereiverband, Berlin W. 9, Schiffbauerdamm Nr. 14-15.

Veilm für Maler (75 Kg.), und für Tischler (4 1/2 Kg.) auf Notbezugschein bei dem Vorsitzenden der Kammerischen Bezugsvereinigung Herrn Tischlerei-Direktor Bartels, Stettin, Preussischestraße 33.

Verteilungsstelle Dumke, Köslin für Tischler, Maler, Buchbinder, Wagenbauer.

Quellstärke für Maler, Lieferant wie vorher.

Kartoffelmehl, Kleister auf Notbezugschein, Lieferant wie vorher.

Weiden grüne, harte Qualität, bei Tornow, Stettin, Blumenstraße 10 und Nordmaler-Obermeister Voigt, Stettin, Speicherstraße 35.

Zement in beliebigen Mengen beim Norddeutschen Zementverband, Stettin, circa drei Waggons liegen bei A. Drepiow, Büchwaldstraße 30.

Lade für Tischler in beliebigen Mengen bei Wolfert und Heinrich, Stettin, Oberwied 56-57.

Fahrradbereifungen, laut Schreiben des Reichsverwertungsamtes können solche nur an Behörden und Bedienstete, wie Ärzte, Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis, Wehmann, Kriegsbeschädigte, abgegeben werden. Die Handwerker haben sich an die Fahrradhandlanger zu halten. Ferner verweisen wir an die Metallberatungs- und Verteilungsstelle für die Deutsche Fahrradindustrie, Brandenburg an der Havel.

Holz erhältlich bei der Holzwirtschaft, Stettin-Branendorf, Serrmeisterstraße 4.

Kohlen zu wenden an die Kreisohlenstellen.

Köslin, den 16. Januar 1919.

Der Magistrat.
Ausdruck für den Wiederaufbau des Handwerks.
M o H.

Im Anschluß an die entsprechend meiner Bekanntmachung vom 8. Oktober 1918 erfolgte Anmeldung erfolgt nunmehr der Warenverkauf, und zwar erhält jeder Verbraucher das Garn bei der Firma, bei welcher er sich als Kunde hat eintragen lassen. Diese Firmen geben an die in ihrer Kundenliste eingetragenen Personen das Garn nur dann ab, wenn ihnen die entsprechenden Abchnitte Nr. 74 der Lebensmittelkarte für die Stadt Köslin und Nr. 48 der Lebensmittelkarte des ländlichen Kreiseisla Köslins abgegeben werden. Für je drei Lebensmittelkartenabchnitte besteht ein Anspruch auf eine Rolle Garn. Die Abnehmer sind verpflichtet, sofern zu ihrem Haushalt nicht drei Personen gehören, sich mit anderen Personen zusammenzutun, jedoch insgesamt mindestens drei Abchnitte dem betreffenden Kaufmann übergeben werden können. Eine Teilung der Rollen durch den Kaufmann erfolgt nicht.

Soweit die Selbstverfänger keine Lebensmittelkarten haben, können sie das Garn auf Abchnitt 1 der ihnen in allernächster Zeit zugehenden Lebensmittelkarten für Selbstverfänger entnehmen.

Köslin, den 13. Januar 1919.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses,
von Eichenhart-Nothe, Landrat.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister des Innern hat über die Zulassungsbekanntmachung der ausländischen Arbeiter für das Jahr 1919 folgendes bestimmt:

1. Dem Legitimierungswange unterliegen, wie bisher, grundsätzlich alle im Inlande beschäftigten ausländischen Arbeiter mit Ausnahme derjenigen Arbeiter, die im Auslande wohnen und tätlich über die Grenze zur Arbeitshätte kommen.

2. Nach den von jeder gütigen Bestimmungen sind auch fernherhin zu behandeln:

a. Anträge auf Neuausfertigung von Legitimierungskarten für Arbeiter, die bisher noch niemals legitimiert waren;

b. Anträge auf gebührenfreie Erneuerung der Legitimierungskarten für diejenigen Arbeiter, die bereits im Jahre 1918 gebührenfreie Karten erhalten hatten (Vordruck „gebührenfrei“ auf diesen Karten);

c. Anträge auf Erneuerung der Legitimierungskarten für die im Jahre 1918 neu legitimierten, im Inlande verbliebenen Arbeiter, mit Ausnahme der Inhaber roter und gelber Legitimierungskarten, sowie der Inhaber weißer Karten, soweit sie russische oder ehemalige russische Staatsangehörige sind. (Verf. E.)

3. Für die Legitimierung der weiter hier beschäftigten Inhaber roter und gelber Legitimierungskarten, sowie der Inhaber weißer Karten, soweit sie russische oder ehemalige russische Staatsangehörige sind, gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Diese Arbeiter sind verpflichtet, bis spätestens 31. Januar 1919 bei der Ortspolizeibehörde ihrer Arbeitsstelle den Antrag auf Ausstellung einer neuen Legitimierungskarte zu stellen. Dem Antrage sind die vorjährige Legitimierungskarte und die Heimatspapiere beizufügen. Auch wenn die vorjährige Legitimierungskarte aus einem in dem Antragschreiben näher zu bezeichnenden Grunde nicht beigefügt werden kann, muß der Antrag innerhalb der vorbezeichneten Ausschlussfrist gestellt und es muß gegebenenfalls hinsichtlich die Nummer der vorjährigen Legitimierungskarte angegeben werden.

2. Für die bis zum 31. Januar 1919 bei den Ortspolizeibehörden beantragten Legitimierungskarten in die Vorzugsgebühr der sonstigen Grenzlegitimierung von 2 Mark zu entrichten. Bei später gestellten Anträgen beträgt die Gebühr 5 Mark.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Arbeitern den Abschnitt C. 1 und 2 inhaltlich bekannt zu geben, nötigenfalls für die Stellung des Antrages durch ihre Arbeiter Sorge zu tragen und ihnen dabei behilflich zu sein.

Wir werden demnächst durch eine Revision uns davon überzeugen, ob die Legitimierung ordnungsmäßig durchgeführt ist.

Köslin, den 11. Januar 1919.
Die Polizeiverwaltung.
Dr. Fuhs.

Bekanntmachung.

Auf Bezugsabchnitt Nr. 4 der Brotanfahrkarte des Kreises Köslin wird am Mittwoch, den 22. dieses Monats ein halbes Pfund Marmelade für die Landbevölkerung aus gegeben.

Die Abchnitte sind dem Lebensmittelamt seitens der Kaufleute in zwölften einzureichen.

Der Kleinhandelshöchstpreis ist auf 1 Mark für das Pfund festgelegt.

Köslin, den 17. Januar 1919.
Der Magistrat.

Die nächste Plenarsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats findet am Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Köslin, den 17. Januar 1919.
Der Vollziehungsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats Köslin.
Dressel, Koppe.

Bekanntmachung zum Wahltage!

Laut Beschluß des Soldatenrats Köslin und der Seezugs-Kation West übernimmt am Wahltage die Leitung der Seezugs-Kation West in Verbindung mit dem Valatillon Hiel.-Auf.-Regts. Nr. 9 den Wach- und Sicherheitsdienst, um den Wahltag in Köslin zu gewährleisten.

Der Soldatenrat der Garnison.

Übernahme von laufenden Buchführungen
und Revisionen
(auch an Ort und Stelle),
Ausarbeitung rückständiger Bücher, Aufstellung von
Vermögensübersichten,
Bearbeitung von Steuerklärungen,
sowie Ausübung jeder buch- und reVISIONS-technischen Tätigkeit überhaupt.

Buchführungsstelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz
Pommern, Zweigstelle Stolz in Pommern, Küsterstraße 30,
Jernruß 632.

Ostbank für Handel u. Gewerbe.

Günstige Verzinsung von Spareinlagen.
Gewährung von Darlehen zu billigen Zinssätzen.
Beleihung von Hypotheken und Wertpapieren.
Ankauf von Wechseln.
Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Depositenkasse Köslin.
Hohetorstr. 2. Fernruf 4.

Öffentliche Versteigerung.
Am Montag, dem 20. Januar, von 10 Uhr ab werden auf dem Hofe des Herrn Reichel Herber, Hospitalstraße,
140 teils größere
Militärzugpferde
öffentlich meistbietend versteigert.
Es kommen nur Angehörige des Kreises Köslin in Betracht.
Für den Verkauf gelten die bekannten Bestimmungen.
Garnisonkommando Köslin.

Ferkel-Abnahme
Dienstag, den 21. Januar 1919, in Köslin, Altbazin und Hohensfelde.
Preis pro Pfund 3.00 Mark.
Kösliner
Viehverwertungs-Genossenschaft.

Städtischer Fischverkauf.
Von morgen ab - vorausgeschickt, das Frische eintreffen - Verkauf für die Bezirke 13 und 14.
Köslin, den 18. Januar 1919.
Der Magistrat.
Bin an das Fernsprechnetz unter
Nr. 502
angeschlossen.
Kurt Modigell,
Maler, Tapeten- u. Farbengehäft,
Bergstraße 30.

Kaufe,
Hirsch-, Reh-, Fuchs-,
Kaninchenfelle ufw.
Max Weissfuß, Gerbereibesitzer,
Geberstr. 12a.

Katholischer Männerverein Köslin.
Versammlung
im Kyffhäuser, Friedrichstraße 8,
am 20. Januar, abends 8 Uhr.
Vortrag des Herrn Obergeringbauers
Rudolph:
„Meine rumänischen Erlebnisse“.

Turnverein Köslin
E. V.
gegründet 1861.

Die ordentliche Hauptversammlung findet Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (3. E. S. Festsaal) statt.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. (Verwaltungs-, Turn- und Kassenbericht).
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Ehrenrats und der Ausschüsse.
4. Geldbewilligungen.
5. Eingelassene Anträge (§ 15 des Grundgesetzes).
6. Verschiedenes.

Staubenabteilung.
Dienstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Mädchenturnhalle
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl des Abteilungsvorstandes.
3. Anträge und Verschiedenes.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein.
Der Vorstand.
Prof. Dr. Kottländer,
2. Vorsitzender.

Kleine Privatanzeigen des Kösliner Volksblatts.

Arbeitsmarkt.

Kindertelebes, sauberes Hausmädchen gesucht. Frau Krimphove, Danzigerstraße 35, 1.

3. 1. April **Kuhfütterer** gef., welcher die Wartung von 50 Stück Vieh und das Melken von 30 Kühen übernimmt, z. gleichzeitig **unverh. Schmied** gesucht. Dom. Schaeferer b. Köslin.

3 Arbeiterfamilien zu gleichzeitig bezw. 1. April mit Hofgänger gesucht. Dom. Timmenhagen.

Zum 1. April werden ein **verheirat. Stellmacher** und **2 Deputantenfamilien** gesucht. Domäne Neuenhagen. Meldung Neuetorstr. 58.

Verheirateter Gutschmied, mit Beschlag und Reparatur aller landw. Masch. vertraut, wird mit Zuschläger für Schmiede mit elektr. Betriebe zu sofort oder 1. April gesucht. Domäne Palzwitz bei Rügenwalde. Tauscher.

Zum 1. April d. Js. gesucht **tüchtiger Hofmeister.** Dom. Altmarin bei Fritow, Bez. Köslin.

Arbeiterfamilien mit Hofgänger bei hohem Lohn stellt noch ein. Dom. Welschberg (Kleinbahn Schwelmin).

Aufwärterin für einige Vormittagsstunden gesucht. Danzigerstr. 50.

An- und Verkäufe.

Ein starkes 4 bis 6spann. **Koswerk,** gut erhalten, suche zu kaufen. 3 gut erhaltene, wenig gebrauchte **Rübenschneider, 1 Katerburger Häckselmaschine und 1 Saisendreschmaschinen** habe preiswert abzugeben. Maschinenbau H. Rothe, Hohensfelde (Pomm.)

Zuwagen und schwerer Ackerwagen billig zu verkaufen. Teshmarshof.

Verkaufe einen gut erhaltenen **Reit-Sattel** mit Satteldede und Zaum, ferner eine **Waschtoilette** aus Marmor. Rosenkranz, Ederndauß.

2 stärkere überzählige und 2 leichtere junge **Pferde** u. 1 **Schlachtpferd** verkauft. Dom. Schaeferer bei Köslin.

Echte **Bronze-Puthähne** zur Jagd verkauft. J. Mix, Köslinerstr. 18.

Eine hochtragende **Kuh** zu verkaufen. Teshmarshof.

Wohnungen, Zimmer.

3- bis 5-Zimmer-Wohnung für 11 Beamtenfamilie zum 1. 4. gefucht. Angeb. b. d. Geschäftsst. der Ztg. unter D. 108.

Es sind zu vermieten:
2 Zimmer und Küche, gleichzeitig mit Arbeitsgelegenheit auf Ziegenlei,
1 Zimmer und Küche, Aufwarte stelle wird mitvergeben.
Das städtische Wohnungamt.

Möbliertes Zimmer von allein stehendem Herrn sofort gefucht. Offerten erbeten unter S. 112 an dies Blatt.

Möbl. Zimmer möglichst mit Licht, sucht ab 28. 1. Studienrefer. Off. u. D. 110 an Gesch. d. Bl.

3-Zimmerwohnung zum 1. April gefucht. Vermittlern 50 Mark Belohnung. Näheres Hohetorstraße 33.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Zu kaufen gefucht **Landhaus** mit 6-7 Zimmern und Nebenträumen, Obst- und Gemüsegarten, in der Nähe Köslins od. Kolbergs, möglichst nahe der Bahn. Offert. unter C. 111 an das Kösliner Volksblatt.

Das Hausgrundstück Sobrifstr. 10 mit Laden und Aufsahrt verkauft sofort. Lürschwager, Quebbestr. 4.

Jener Mann, der am Freitag nachmittag gegen 1/4 Uhr zur dem Kolonialwaren-geschäft Wolff, Holzmarkt,
eine **schwarze Brief-tasche** mit 1800.00 Mark
Inhalt aufgehob. wird gebeten, diese gegen hohe Belohnung bei dem Kaufmann Wolff, Holzmarkt, abzugeben, anderenfalls ist Antrag auf Strafverfolgung einreichen werbe.
Fran Witwe Paske, Kosauer.

Kösliner Veranstaltungen.

Sonnabend, den 18. Januar. **Deutsche Volkspartei: Öffentliche Volksversammlung** abends 8 Uhr bei Zels, Grünstraße.
Sonntag, den 19. Januar. **Wahlen zur Verfassung gebenden deutschen Nationalversammlung** von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr in den 14 Stadtbezirken.
Montag, den 20. Januar. **Gründung einer Ansiedlungs-Gesellschaft**, 11.30 Uhr vormittags im Klub, Bergstraße.

Unsere Zeit verlangt Klarheit! Links oder rechts ist die Parole!

Bürgertum oder Sozialismus!

Mit dem Mittelweg verloren wir den Krieg!
Der Mittelweg brachte uns die zweite Revolution!
Der Mittelweg kostet uns die Provinz Posen!

Der Mittelweg ist für schwankende Gestalten,
die bald links bald rechts den Anschluß suchen!

Uns helfen nur klare Ziele und sichere Richtung!

Wer die Herrschaft der Sozialdemokratie nicht will, darf ihre Steigbügelhalter, die Deutschdemokraten, nicht wählen; sie verrieten das Bürgertum und lehnten die Listenverbindung ab, die den Sozialdemokraten zwei Mandate in Pommern kosten konnte.

Klares Ziel hat die Deutschnationale Volkspartei!

Ihre Kandidaten sind:

- | | |
|--|--|
| 1. Gustav Mallewitz, Zeitungsverleger, Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Friedrich-Karlstraße 19. | 6. Hans Schlang, Landwirt, Schöningen, Kr. Randow. |
| 2. Willy Jandrey, Bauerhofbesitzer, Klein-Radow, Kr. Regenwalde. | 7. Bruno Orthmann, Lehrer, Stettin, Pestalozzistr. 8. |
| 3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen, Zehlendorf bei Berlin. | 8. Ernst Menzel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12. |
| 4. Hermann Ginoslas, Postsekretär, Stettin, Gabelbergerstraße 8. | 9. Elise Wallis, Gutsbesitzerin, Stilmow, Kr. Greifswald. |
| 5. Rudolf Glender, Arbeitersekretär, Stolp i. Pom. | 10. Otto Peglow, Bauerhofbesitzer, Streiß, Kr. Köslin. |
| | 11. Emil Steltner, Mühlenbesitzer, Zaben, Kr. Greifswald i. Pom. |

Gibt nur Stimmzettel mit diesen Namen ab.

St. Marienkirche.

Am Dienstag, dem 21. Januar, 8 Uhr:

Geistliche Lieder

moderner Tonsetzer,
gesungen von Herrn Süßke Tenor und Fräulein Herenz (Sopran).
Orgel und Violine: Herr Kantor Voigt.

Programm:

Orgel: Rarg-Clert: Prolog.
Sopran: Hugo Wolf: Zum neuen Jahre.
Tenor: Konstant Berneder: Arie a. d. Kantate „Gott ist meine Zuversicht“.

Violin solo: Richard Barsh: Ciacona.

Sopran: Wagner: Der Engel.

Orgel: Brahms: O Welt, ich muß dich lassen.

Tenor: Brahms: Auf dem Kirchhof.

Orgel: Grieg: Traue marsch.

Sopran: Hugo Wolf: Führe mich, Kind, na Bethlehem.

Violine: Reinhold Oppel: Thema und Variationen.

Tenor: Wilhelm Berger: Wenn unser Herz der Liebe denkt.

Orgel: Sollt ich meinem Gott nicht singen.

Altarraum und Emporen 2 Mark, Mittelschiff 1 Mark.

Freiarten für unbemittelte Interessenten stehen gerne zur Verfügung durch Herrn Voigt.

Vorverkauf bei den Herren Hoffmann, Ludwig und Grünthal.

Die Kirche ist gut geheizt.

Wirket und werbt

für die Deutsche demokratische Partei!

Wählt ihre Kandidaten.

Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, Wahlkreis 7; Pommern, sind:

1. Bisheriger Reichstagsabgeordneter Bergtrat Georg Gothein in Breslau.
2. Bisheriger Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Justizrat Julius Lippmann in Stettin.
3. Leiter der hiesigen Berufsberatung für die männliche Jugend Paul Loewenich in Stettin.
4. Arbeitersekretär der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) Hermann Grothe in Stettin.
5. Oberlehrerin Wally Krobliell in Stettin.
6. Landwirt Boguslaw Dohrn in Heddendorf, Kreis Greifenhagen.
7. Rechtsanwalt Justizrat Richard Otto Wolf in Stettin.
8. Ob-Physikdirektor Dr. Karl Müller in Stralsund.
9. Kaufmann und Mühlenbesitzer Werner Jung in Labes.
10. Tischlermeister, Handwerkskammermitglied und Reichstagsabgeordneter Fritz Krüger in Seebad Heringsdorf.
11. Tischlermeister Otto Bohm in Neuboh auf Uedom.

Deutsche Volkspartei.

Nationalliberaler Verein Köslin.

heute, Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr bei Zelt

Öffentliche Volksversammlung.

Ausprache über alle bürgerlichen Interessen.

Der Vorstand.
Sachse.

Deutsche Volkspartei.

Unser Stimmzettel hat an der Spitze den Namen:

Dr. Fritz Mittelmann

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachse, Justizrat. Reinsfeld, Bauerhofbesitzer. Hübner, Steuerinspektor. Schäfer, Fabrikbesitzer.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine selbständige Volkskirche folgendes Mindestprogramm:

1. Gewähr ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,
3. Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,
5. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.

Diese Forderungen gilt es durchzuführen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerste Mitarbeit der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzlichste Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

Stadtrat Knust, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9,
Pastor Münchmeyer, 2. Vorsitzender, Auqustraße 23,
Buchhändler Burmeister, Schöngemeister, Elisabethstr. 53,
Konjul W Ahrens, Pöhligerstr. 8, Frau Pastor Bernhard, Pöhligerstr. 33, Frau Geh.-Kat Hempel, Grabowerstr. 2, Frä. Gertrud Hoppe, Kronenhofstr. 19, Pastor Lic. Jüngst, Alte Falkenwalderstr. 5, Frau Major v. Ritter, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, Kaufmann Oskar Krüger, Wickenberg 16, Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. Niehke, Deutschestr. 14, Pastor Renner, Pestalozzistr. 7, Frau Clara Schlegel, Falkenwalderstr. 52, Pastor Schröder, Kronprinzenstr. 30, Apotheker Bischof, Luisenstr. 6-7, sämtlich in Stettin. Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt.

Nach langjähriger Tätigkeit an der Univ.-Augenklinik zu Greifswald habe ich mich in Stettin Al. Domstr. 21, 1 Trp. als

Augenarzt

niedergelassen.

Dr. med. W. Kießling.

Halte künftig Sprechstunde
Werktaglich 10-12, 4-5.
Sonnabends nachm. u. Sonntag
keine Sprechstunde.

Dr. Helwig

Spezialarzt
für Lungen- und Herzleiden.
Stettin, Karlsruhstr. 2. Fernruf 568.
Königinstitut.

Schwerhörigkeit,

„ Ohrgeräusch „
nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennungen
Sanis-Verband München. 626 h

Prima Wagenfett

(keine Teerschlure)
empfiehlt
J. Nowak.

Bettnäßer

erhalten Auskunft umsonst bei
Alters- und Geschlechtsangabe.
Sanis-Verband München 327.

Hämorrhoiden

Verband von aufklärenden
Brotschären durch die
Reichert'sche Apotheke,
Elbing.

Ein Wagen-Gestell

mit Sitzstuhl verkauft
Pagel, Poppenhagen.